

Bern, 01. September 2014

**An ausgewählte Medien**  
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Der Zentralvorstand der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 28. September 2014 beschlossen:

**Ja zur Volksinitiative „Schluss mit der MwSt.-Diskriminierung des Gastgewerbes!“:**

Die Initiative fordert für das Gastgewerbe mit Direktverzehr vor Ort eine Reduktion des Mehrwertsteuersatzes von 8% auf 2,5%. Der Detailhandel oder Imbissstände mit Mitnahmemöglichkeit („Take away“) profitieren bereits heute von einem tieferen Satz, wobei Alkohol und Raucherwaren weiterhin voll besteuert werden sollen. Dabei ist vor allem die bevorzugte Behandlung von „Take away“-Gaststätten zu kritisieren. Diese verursachen mit der Verwendung von Wegwerfgeschirr ein Mehrfaches an Abfall. Danach wird der Steuerzahler selbst für die Reinigung des öffentlichen Raums zur Kasse gebeten. Des Weiteren entstehen zugunsten bestimmter Imbissbuden wie Kebapstände oder auch asiatischen Angeboten entscheidende Marktvorteile, welche eine Verdrängung traditioneller Gasthöfe mit einheimischer Küche zur Folge haben. Die mit der geforderten Massnahme verbundenen Einnahmeausfälle sind mittels Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes bei „Take away“-Betrieben zu kompensieren. Ohnehin schmälert beispielsweise auch die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer die Erträge des Fiskus auf erhebliche Weise. Für die Schweizer Demokraten (SD) hat diese Vorlage den Charakter von punktueller und nachhaltiger Wirtschaftsförderung, zumal gerade in ländlichen strukturschwachen Regionen Arbeitsplätze erhalten werden können und dank der finanziellen Entlastung angemessene Mindestlöhne möglich sind. Deshalb haben die SD zur Vorlage einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

**Stimmfreigabe zur Volksinitiative „Für eine öffentliche Krankenkasse“:**

Einerseits wird mit der Vielzahl an privaten Krankenversicherungen ein irrealer Wettbewerb veranstaltet. Im Rahmen der obligatorischen Grundversicherung verpflichtet sich jeder Anbieter, mit dem entsprechenden Kunden einen Vertrag abzuschliessen. Dennoch will man mit versteckten und intransparenten Regelungen potentielle Risikopatienten fernhalten. Alleine diese Tatsache rechtfertigt eine grundlegende Systemänderung, zumal die Leistungen der Grundversicherung bei sämtlichen Krankenkassen identisch sind. Andererseits müssten die zahlreichen Anbieter in einer Kasse vereinheitlicht werden. Es erscheint wenig realistisch, dass dieser Systemwechsel in der Praxis ohne massiven Stellenabbau zu realisieren ist. Des Weiteren könnte man die Leistungen bei einem einzigen Versicherer nicht mehr ohne Prämienhöhung erweitern, sodass neue medizinische Erkenntnisse (unter anderem Komplementärmedizin) teilweise nur noch in der freiwilligen Zusatzversicherung angeboten würden. Diesen Leistungsabbau bekämen vor allem finanziell schwächere Versicherungsnehmer zu spüren. Für die Schweizer

Demokraten (SD) stellen die demografische Entwicklung (immer mehr Pflegebedürftige) und die Bevölkerungszunahme die Hauptursachen des ungebremsten Prämienanstiegs dar. Mit einkommensabhängigen Gesundheitskosten wäre jedoch eine Drosselung möglich. Die SD geben aus obgenannten Gründen keine Parole heraus und empfehlen Stimmfreigabe.

Eidgenössische Abstimmungen vom 30. November 2014:

**Ja zur Volksinitiative „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“:**

Die Annahme der sogenannten Ecopop-Initiative hat für die Schweizer Demokraten (SD) oberste Priorität. Jedes Jahr wandern ca. 80'000 Personen in die Schweiz ein. Ende 2013 verzeichnete man sogar eine Zunahme der Gesamtbevölkerung von 1,3% (seit 2008 der höchste Wert). Im Februar sprach sich das Schweizer Stimmvolk für die Masseneinwanderungsinitiative, welche die Festlegung von jährlichen Höchstzahlen verlangt, aus. In Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs könnten diese Kontingente jedoch kaum eine Drosselung herbeiführen. Vielmehr würde die Immigration auf dem heutigen Durchschnittswert stagnieren oder gar weiter zunehmen. Nur eine verfassungsmässige Festschreibung des Bevölkerungswachstums von 0,2% respektive 16'000 Personen pro Jahr schränkt die langfristige Verbetonierung der Landreserven entscheidend ein, zumal täglich die Fläche von 15 Fussballfeldern verbaut wird. Dabei stossen auch die Kapazitätsmöglichkeiten der Verkehrsinfrastruktur an ihre Grenzen, was chronisch überfüllte Züge und Busse sowie verstopfte Strassen deutlich aufzeigen. Zudem verschlechtern mehr Abgas- und Lärmimmissionen die allgemeine Lebensqualität. Lohndruck und steigende Mieten sind ebenfalls spürbare Folgen dieser rasant steigenden Einwohnerzahl. Daher stehen die Schweizer Demokraten (SD) jeglicher Form von quantitativem Wirtschaftswachstum kritisch gegenüber und empfehlen für die Ecopop-Initiative „zur Sicherung der natürlichen Lebendgrundlagen“ einstimmig die Ja-Parole. Mit der Parolenfassung startet die Gesamtpartei nun die eigene Kampagne, welche mit Spendengeldern finanziert wird.

SD-Zentralvorstand